

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

9. März 1951

Blatt 371

Aufhebung der Ablenkung der Autobus-Taglinie 4 und der

=====
Autobus-Nachtlinie D
=====

9. März (Rath.Korr.) Da die Kabellegungen in der Mariahilfer Straße zwischen der Theobaldgasse und der Neubugasse beendet sind, werden ab Samstag, den 10. März, die Autobus-Taglinie 4 und die Autobus-Nachtlinie D in beiden Fahrtrichtungen wieder über die Mariahilfer Straße geführt.

Ferkelmarkt vom 7. März

=====
9. März (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 257 Ferkel, von denen 150 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 7 Wochen 185.- S, 8 Wochen 205.60 S, 9 Wochen 236.- S, 10 Wochen 305.- S, 12 Wochen 350.- S.

Der Marktbetrieb war rege.

Entfallende Sprechstunden

=====
9. März (Rath.Korr.) Am Mittwoch, dem 14. März, entfallen beim städtischen Personalreferenten, Stadtrat Fritsch, die Sprechstunden.

Hansl und Gretl in Wien

=====

9. März (Rath.Korr.) Das vor wenigen Tagen angekündigte Schwanenpaar ist heute früh als Eilgut auf dem Südbahnhof angekommen, wo es von den Bediensteten des Stadtgartenamtes übernommen wurde. Die Austria-Wochenschau und die Wiener Pressephotographen ließen sich diese seltene Gelegenheit nicht entgehen und haben sich zur Begrüßung zahlreich eingefunden. In Gesellschaft des ersten Schwanenpaares, das auf die Namen Hansl und Gretl hört, befanden sich auch zwei buntfärbige türkische Enten, die ebenfalls von der Tierhandlung Werberitsch in St. Veit an der Glan geliefert wurden. Bei der Öffnung der Holzkäfige im Stadtpark präsentierten sich den Neugierigen zwei prächtige Schwäne, die ihr Geld durchaus wert sind. Laut beigelegter Rechnung kostet ein Schwanenpaar 1600 Schilling.

Das majestätische Paar, der Adam und die Eva des künftigen Wiener Schwanengeschlechtes, schien mit dem Empfang in Wien zufrieden zu sein. Schon nach der ersten Runde auf dem Teich inspizierte die offensichtlich um die Bequemlichkeit des Gattens besorgte Grete die neu errichtete Wohnung auf der Insel. Hansl hielt inzwischen Umschau nach den Futterträgen. Dann begab sich das Paar gemeinsam zum ersten offiziellen Empfang ans Ufer, wo sie durch die Kinder des städtischen Kindergartens "Im Stadtpark" und ihre Kindergärtnerinnen in Wien stürmisch begrüßt wurden.

Wenn alles gut geht, so hofft der mit der Schwanenzucht betraute Stadtgarteninspektor, dürfte Gretl schon im Juni die ersten Schwänlein ausführen.

Wiener Landtag

=====

9. März (Rath.Korr.) Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Wiener Landtages, die Präsident Marek (SPÖ) um 11.15 Uhr eröffnete, stand als einziger Punkt eine Vorlage zur Abänderung des Gesetzes über die Gemeindevermittlungsämter. Wie Berichterstatter Stadtrat Afritsch (SPÖ) ausführte, ist diese Abänderung deshalb notwendig geworden, weil die Rechtsgrundlage für die Vornahme der Wahl der Vertrauensmänner der Gemeindevermittlungsämter durch eine deutsche Angleichsverordnung derart abgeändert worden ist, daß der Bürgermeister die Vertrauensmänner ^{zu} bestellen hatte. Diese deutsche Verordnung wurde im Jahre 1945 außer Kraft gesetzt, die früher in Geltung gestandene Bestimmung bisher jedoch nicht wieder eingeführt. Nach dem vorliegenden Gesetz sollen die Vertrauensmänner der Gemeindevermittlungsämter künftig wieder vom Gemeinderat gewählt werden.

Abg. Dr. Altmann (L.Bl.) erklärte, wichtiger als die Schließung einer formalen Gesetzeslücke, die zweifellos geboten sei, wäre die Wiederherstellung der Rechte der Wiener Bezirksvertretungen. Der Landtag erfülle seine Geschäfte nicht gut, wenn er sich nur mit der Schließung von Gesetzeslücken auf Gebieten beschäftige, wo keine Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien bestehen.

Der Redner erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß eine Novelle zur Bauordnung, das sogenannte Ruinengesetz, mit Ende des Vorjahres abgelaufen sei, ohne daß die bewährten und zweckmäßigen Bestimmungen dieser Novelle in ihrer Geltung verlängert wurden. Es existiere zwar seit langem ein Entwurf eines Wiener Wiederaufbaugesetzes, dieser habe aber bisher weder die Landesregierung noch den Landtag erreicht. Angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt, der verfallenden Häuser und der großen Arbeitslosigkeit läge es weit mehr im Interesse der Wiener Bevölkerung, für die Wiederherstellung von Wohnungen vorzusorgen als die Frage der Gemeindevermittlungsämter zu regeln.

In seinem Schlußwort weist Stadtrat Afritsch darauf hin, daß der Wunsch der Wiener Bevölkerung, sich ihre Bezirksvertretungen zu wählen, anlässlich der Landtagswahlen 1949 nicht erfüllt werden konnte, weil über Betreiben der Kommunisten nicht bezirksweise

sondern wahlkreismäßig gewählt werden mußte. Hätten wir uns diesem Wunsche nicht fügen müssen, hätten wir unsere gewählten Bezirksvertretungen. Daß wir sie heute noch nicht haben, ist nicht die Schuld der Regierungsparteien, sondern die Schuld der Kommunistischen Partei. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten und der Volkspartei.)

3 Mit dem Wiener Wiederaufbaugesetz, das in Beratung stehe, werde sich der Landtag voraussichtlich in den nächsten Tagen zu beschäftigen haben.

Der Gesetzentwurf wurde sodann einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung des Landtages erschöpft.

Die Abgeordneten des Linksblocks brachten in der heutigen Landtagssitzung zwei Anfragen an den Landeshauptmann von Wien ein. Die eine beschäftigt sich mit dringend notwendigen Maßnahmen gegen die Vorführung von Filmen, die das Gangster-, Mörder- und Verbrechertum verherrlichen und zum Krieg hetzten, die zweite wendet sich gegen groben Mißbrauch der Schulen zur Unterstützung der Marshallplan-Propaganda.

Wiener Gemeinderat

=====

9. März (Rath.Korr.) Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner zu einer Sitzung zusammen.

An Anträgen und Anfragen lagen vor: von der ÖVP eine Anfrage über die Einführung einer Autobuslinie auf den Schafberg; eine Anfrage betreffend Betriebsverlängerung der Straßenbahnlinie 9; eine Anfrage über die Auflage von Sammellisten der Sozialistischen Partei in städtischen Dienststellen für die Präsidentenwahl am 6. Mai.

Vom Linksblock: ein Antrag betreffend die völlige Wiederherstellung der Parkanlage am Allerheiligenplatz; ein Antrag betreffend die Wiederaufstellung von Fahrradständern im Zentralberufsschulgebäude; ein Antrag betreffend die Errichtung eigener Rheuma-Abteilungen in den städtischen Krankenanstalten und Einrichtung von Rheuma-Beratungsstellen; eine Anfrage über eine geschäftliche

Transaktion bei der Gemeindeverwaltung mit der bei der Gasproduktion abfallenden Schlacke; eine Anfrage betreffend die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und wirksame Maßnahmen zu einer vollen Berufsausbildung der Jugend.

Vom WdU: ein Antrag betreffend die Instandsetzung und Pflege der Spazierwege im Wiener Stadtgebiet; ein Antrag auf Wiederaufstellung der Statue Christoph Willibald von Gluck; eine Anfrage betreffend den Abverkauf von Operationsfäden aus den Beständen der Anstaltsapotheke der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof; eine Anfrage betreffend die Berechnung des Reinigungsgeldes für Wohnküchen mit separierter Kochnische; eine Anfrage betreffend die anscheinend unbefugte Umbenennung der Nordpolstraße; eine Anfrage betreffend die Bestellung des wegen verschiedener Verfehlungen aus seinem Amt enthobenen ehemaligen Bezirksvorstehers Pernerstorfer zum Bezirksrat für den XVII. Bezirk; eine Anfrage betreffend die Abtragung der Freitreppe des Schlosses Pötzleinsdorf.

Erledigung der Tagesordnung

Über die Festsetzung der Verpflegungsgebühren im Heil- und Pflegeheim der Stadt Wien für kochentuberkulose Kinder "Bellevue" auf 33 Schilling mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1951 je Kopf und Verpflegung/^{stag}referierte Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP). Der Referent wies darauf hin, daß der Antrag die Angleichung der Verpflegungsgebühren an die bereits durchgeführte Erhöhung für die Kinderspitäler bezwecke. Es sei nicht möglich, in einem Kinderheim andere Verpflegungskosten zu berechnen als in den übrigen Anstalten. Der Berichterstatter ersuchte um die nachträgliche Genehmigung des Antrages durch den Gemeinderat.

GR. Guger (L.Bl.) nimmt gegen den Antrag Stellung. Er bezeichnet ihn als eine der laufenden Preiserhöhungen. Seine Fraktion könne daher ihre Zustimmung nicht geben.

VbGm. Weinberger unterstreicht in seinem Schlußwort noch einmal die Notwendigkeit der Neufestsetzung.

Der Antrag wird ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

GR. Heigelmayr (SPÖ) referierte über die Neufestsetzung von Tarifen für ambulatorische Behandlungen von Krankenkassenmitgliedern in städtischen Krankenanstalten.

GR. Lauscher (L.Bl.) bezeichnet diese Erhöhungen als eine schwere finanzielle Belastung sowohl für die Krankenkassen als auch für die Versicherten.

GR. Heigelmayr betont in seinem Schlußwort die Notwendigkeit, die Selbstkosten weitestgehend zu decken.

Auch dieser Antrag wird ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

StR. Jonas (SPÖ) berichtete über die Einsatzung einer Kommission zur Begutachtung von Arbeiten der Stadtplanung, wonach zur Vorberatung der von der Stadtbauamtsdirektion (Stadtplanung) ausgearbeiteten Entwürfe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen gemäß § 62 der Stadtverfassung eine aus acht Mitgliedern bestehende Kommission eingesetzt werden soll. Durch die Tätigkeit dieser Kommission wird der Aufgabenkreis der sonst zuständigen Gemeinderatsausschüsse nicht berührt.

GR. Dr. Matejka (L.Bl.) faßte seine Stellungnahme, die er in einer früheren Gemeinderatssitzung gemacht hatte, zusammen und kritisierte vor allem die "Kannbestimmung" der Beiziehung von Fachleuten. Er erklärte, daß, wenn schon diese Kommission verspätet eingesetzt wird, sie doch richtig eingesetzt werden muß, mit einer konkreten Terminnominierung und Aufgabendefinition.

GR. Dr. Matejka stellt einen Abänderungsantrag zum Punkt 1 des Referentenantrages, wonach anstatt der Ziffer 8 die Ziffer 13 bei der Angabe der Zahl der Mitglieder der Kommission treten solle.

Berichterstatter StR. Jonas weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Kommission durch die Erhöhung von 8 auf 13 Mitglieder nur schwerfälliger in ihrer Arbeitsweise würde. Entscheidend sei die richtige Auswahl der Fachleute. Die Kommission habe die Aufgabe, die Anträge vorzubereiten und beschlußreif zu machen.

In der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag des GR. Dr. Matejka (L.Bl.) abgelehnt und der Referentenantrag angenommen. Nach der Annahme des Antrages wurde die Wahl der Mitglieder dieser Kommission vorgenommen. Der Vorschlag betreffend die Zusammensetzung der Kommission - Bürgermeister Dr. h. c. Körner, die Amtsführenden Stadträte der Verwaltungsgruppen II, VI, VII, X und XI, Resch, Jonas, Dr. Robetschek, Afritsch, Dkfm. Nathschläger und auf Grund der von den Parteien erstatteten Vorschlägen die GRe. Dipl. Ing. Witzmann (SPÖ) und Architekt Lust (ÖVP) - wurde gegen die Stimmen des Linksblocks angenommen.

4.600 Kinder in städtischen Sommerkindergärten

GR. Helene Potetz (SPÖ) vertritt den Antrag, zur Errichtung einer neuen Unterkunftsbaracke in der städtischen Kindererholungsstätte "Am Girzenberg" in Hietzing 330.000 Schilling zu bewilligen.

GR. Frieda Nödl (SPÖ) begrüßt im Namen der sozialistischen Fraktion dieses Projekt, das den Fortschritt des Fürsorgewesens für die Kleinsten unserer Stadt zeige. Während 1945 in Wien bloß 18 Kindergärten gebrauchsfähig waren, konnten im Jahre 1950 7.100 Kinder in Kindergartengruppen erfaßt werden. Darüber hinaus ging man daran, die Verhältnisse in den Kindergärten zu verbessern, so vor allem dadurch, daß man Kindergärten in Grünflächen hinein- stellte. Denn die berufstätige Frau ist darauf angewiesen, daß ihr Kind in einem Kindergarten möglichst viel freie Luft und Sonne zugeführt bekommt. Weiter bemühte man sich, die Kinder in den Sommermonaten an den Rand der Stadt zu bringen. Der Sommerkindergarten "Am Girzenberg", der im Jahre 1947 seine Tore für die Kinder öffnete, soll mit dazu beitragen, unseren Kleinen das Kinderglück zu geben und ihnen die Liebe zur Natur ins Herz einzupflanzen. Die Zahl der Kinder in den Sommerkindergärten ist im Jahre 1950 bereits auf 4.600 angestiegen.

Die geplante neue Unterkunftsbaracke ist kein Notbau, sondern nach dem Muster der Kindergärten in der Schweiz und in Schweden ein hygienischer und kompakter Bau, der es ermöglicht, alles unterzubringen, was in den Kindergärten gewünscht werden kann. Nach seiner Errichtung wird die Zahl der Kinder, die in einem Jahr den Sommerkindergarten "Am Girzenberg" besuchen, von 350 auf 550 Kleinkinder steigen.

Wir Sozialisten wissen, betont die Rednerin abschließend, daß nur dann, wenn eine gesunde Jugend heranwächst, daß nur dann wenn gesunde Menschen in die Zukunft streben, gewährleistet wird, daß ein gesunder Geist in unserem Lande herrscht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Der Antrag wird angenommen.

Dieses Wien ist unsterblich

Als nächster Punkt gelangt ein Antrag zur Verhandlung, wonach die zu bestimmten Anlässen ausgegebenen "Vier"- und "Sieben Tage Wien"-Karten auch zur Fahrt auf den Autobus- und Obuslinien gelten sollen.

Berichterstatter GR. Marek (SPÖ) betont, daß diese Einführung vor allem im Interesse des Fremdenverkehrs liegt. In ihren Stellungnahmen hätte sich die Arbeiterkammer zu dieser Maßnahme positiv ausgesprochen, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft habe dagegen andere Wege der Geldmittelaufbringung empfohlen.

Der Berichterstatter weist auf die vielen Internationalen Kongresse hin, die in diesem Jahre in Wien stattfinden werden, und erklärt: Dieses Wien ist unsterblich. Dieses Wien glänzt trotz der vielen Wunden und trotz der Bedrücknisse, die die Besatzung mit sich bringt. Dieses Wien kann bereits wieder mit einem lächelnden Gesicht seine Arme öffnen und die Fremden zum Besuch unserer Stadt einladen, Wenn allerdings sechs Jahre nach der Befreiung dem zivilisierten Ausland das Schauspiel geboten wird, daß anerkannte westdeutsche Gelehrte zwar in Oberösterreich, aber nicht in Wien sprechen dürfen, so könne er dem Gemeinderat Dr. Matejka als Kulturreferenten der Kommunisten nur raten, für eine Abhilfe dieses Zustandes zu sorgen, damit sich dieses unsterbliche Wien nicht blamiere. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Auch GR. Sveteslky (SPÖ) appelliert an den Gemeinderat, endlich die Kulturschande, daß sechs Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges Westdeutsche nicht nach Wien reisen können, zu beseitigen. In Namen seiner Fraktion ersucht er den Bürgermeister, immer wieder an die russische Besatzungsmacht heranzutreten, daß diese unerträglichen Maßnahmen aufgehoben werden. Es sei zu hoffen, daß die russische Besatzungsmacht, wenn sie uns schon nicht den Staatsvertrag und den Frieden gibt, wenigstens auf diesem Gebiete allen Nachbarvölkern Österreichs die Reisefreiheit gewährt. (Beifall.)

Auch dieser Antrag wird angenommen.

Amerikanischer Großraumwagen kostet 180.000 S

GR. Sigmund (SPÖ) referiert über einen Antrag des Stadtsenates, für den Ankauf und Umbau von 40 amerikanischen Straßenbahn-Triebwagen einen Nachtragskredit von 2,2 Millionen Schilling zu bewilligen. Für den Ankauf der gebrauchten amerikanischen Straßenbahn-Triebwagen und deren Umbau für Wiener Verhältnisse wurden im Vorjahr 5,6 Millionen ausgeworfen. Durch die infolge des Nachziehverfahrens eingetretene Erhöhung der Stundensätze und durch die Notwendigkeit der Durchführung einer Hauptrevision aller Wagen stellen sich die Kosten höher, als sie vor der Erwerbung dieser Wagen schätzungsweise veranschlagt wurden.

GR. Dr. Soswinski (L.Bl.) erinnert daran, daß die Presse der Regierungsparteien bei der Erwerbung der gebrauchten amerikanischen Straßenbahnwagen von einem guten Kauf gesprochen und die Gesamtkosten für einen Wagen mit 100.000, die "Arbeiter-Zeitung" sogar mit 65.000 S beziffert habe. Wenn man alle Ausgaben für diese Wagen zusammenrechne, ergebe dies einen Gesamtaufwand von 14,7 Millionen, beziehungsweise den Betrag von 350.000 S für einen Wagen. Es wäre besser gewesen, mit österreichischem Material und mit österreichischen Arbeitskräften selbst Straßenbahnwagen zu bauen. Dieser Ankauf stelle sich daher in jeder Richtung als Mißgriff heraus, da die amerikanischen Wagen auf die Dauer gesehen ein Vielfaches von dem kosten werden, was ein österreichischer Straßenbahnwagen kostet. Aus diesem Grund lehne der Linksblock den Antrag ab.

Berichterstatter Sigmund (SPÖ) stellt in seinem Schlußwort fest, daß sich die Gesamtkosten für einen amerikanischen Wagen nicht auf 350.000, sondern nur auf 180.000 S stellen. Der gestern vorgeführte im Inland hergestellte Wagen kostet dagegen rund 500.000 S. Darüber hinaus müsse man berücksichtigen, daß es uns unmöglich war, eigene Wagen zeitgerecht zu bekommen. Die vor vielen Jahren bestellten Trieb- und Beiwagen konnten bis heute nicht geliefert werden.

Die Vorlage wurde gegen die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Zwei neue Autobuslinien

Über die Einführung der neuen Autobuslinien 28 und 29 referierte StR. Dkfm. Nathschläger (ÖVP). Er betonte, daß die beiden neuen Linien einem Verkehrsbedürfnis der Bevölkerung in den südlichen Stadtrandgebieten entspricht. Die Linien haben am 26. Februar den Betrieb bereits aufgenommen. StR. Dkfm. Nathschläger ersuchte um die nachträgliche Genehmigung der Errichtung der Autobuslinien.

GR. Hans Weber (SPÖ) gab seiner Befriedigung über die neuen Autobuslinien Ausdruck. An der Strecke der neuen Linien liegen viele Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe, deren Arbeiter sich nun die weiten Anmarschwege ersparen können. Der Redner dankte dem Wiener Gemeinderat im Namen der Liesinger Bevölkerung und der Arbeiter, daß es zu der Eröffnung der Autobuslinien gekommen ist. Bei dieser Gelegenheit brachte GR. Weber einen weiteren Wunsch der Liesinger Bevölkerung vor. Er ersuchte, ob man nicht auch von Meidling einen Autobus über die Triester Straße nach Liesing führen und so auch den östlichen Teil erschließen könnte. Im **übrigen gab der Redner im Namen** seiner Fraktion die Zustimmung zu der Vorlage. (Beifall bei der SPÖ.)

StR. Dkfm. Nathschläger gab in seinem Schlußwort gleichfalls seiner Freude darüber Ausdruck, daß es gelungen ist, die Verkehrsverhältnisse in diesem Randgebiet wesentlich zu verbessern. Leider sind jedoch die Wünsche des Debattenredners nicht die einzigen, vielmehr kommen aus allen Teilen Anfragen um die Errichtung neuer Autobuslinien. Die Verkehrsbetriebe sind zwar bestrebt, alle laufenden Verkehrsfragen zu lösen, leider fehlen jedoch auf der anderen Seite die finanziellen Mittel, um alle Wünsche befriedigen zu können. StR. Nathschläger gab jedoch die Versicherung, daß die Verkehrsbetriebe alles tun werden, um ihren Kunden zu dienen.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Förderung der Wiener Festwochen

StR. Mandl (SPÖ) referierte über einen Antrag, der zur finanziellen Förderung der Durchführung der Wiener Festwochen eine im Voranschlag nicht vorgesehene Ausgabe von 600.000 S vorsieht. Der Redner führte aus, daß sich hinter diesem trockenen Antrag eine

Unmenge von Arbeit verbirgt, die von einer großen Zahl freiwilliger Mitarbeiter aus allen Kreisen der Kulturschaffenden geleistet worden ist. StR. Mandl dankte von dieser Stelle aus allen diesen Leuten für ihre Arbeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Wiener Festwochen haben nun bereits Form und Gestalt angenommen. Für jede Sparte des kulturellen Lebens sind Ausschüsse gebildet worden, die Vorschläge erstattet haben. Es war nicht immer leicht, diese vielfältigen Wünsche auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Programm der Festwochen und nahm bei dieser Gelegenheit auch zu den Pressepolemiken Stellung. Man hat in der Presse nicht unterschieden zwischen Festwochen und Festspielen. Hier gibt es einen grundlegenden Unterschied. Es sollten nicht Festspiele durchgeführt werden, mit einer gewissen Anzahl von exklusiven Spitzenveranstaltungen, an denen gerade die arbeitenden Massen der Bevölkerung nicht teilnehmen können, sondern es sollte vielmehr ein Querschnitt durch die kulturelle Kapazität dieser Stadt gegeben werden. An den Wiener Festwochen soll die ganze Bevölkerung teilnehmen können.

StR. Mandl erwähnte dann einige besonders markante Details aus dem Programm. So bringt unter anderem das Burgtheater die Uraufführung von Billinger's "Die Traube in der Kelter", das Akademietheater eine Nestroy-Neuinszenierung, die Josefstadt bringt "Bertha von Suttner" und das Volkstheater eine Neuinszenierung von "Katharina Knie". Die Staatsoper war nicht in der Lage, mit einer Uraufführung aufzuwarten. Es wird jedoch eine Festvorstellung von "Fidelio" geben, einen Mozart-Zyklus, eine Aufführung von "Capriccio"; die Volksoper wird "Giuditta" von Lehar neuinszenieren und das Bürgertheater eine neue Operette von Stolz herausbringen.

Der Tanz wird unter anderen durch die Erstaufführung von Salmhofers "Bauernhochzeit" und durch ein Hindemith-Ballett der Tanzgruppe Rosalia Chladek vertreten sein. Im Schönbrunner Schloßhof wird das Grete Wiesenthal-Ballett auftreten.

An musikalischen Ereignissen ist eine Aufführung von Haydn's "Die vier Jahreszeiten" zu erwähnen, ein Chorwerk von Erwin Weiss, die 8. Symphonie von Mahler, ein Orgelkonzert von Ramin, die 8. Symphonie von Bruckner usw. usw.

Auch unsere Schulen reihen sich in die Veranstaltungen ein. Das Kindersingen der Kindersingschulen wird zum ersten Mal im Arkadenhof des Rathauses aufgeführt werden.

Ferner wird während der Festwochen eine reiche Zahl von Ausstellungen zu sehen sein, an denen sich fast sämtliche Museen und Ausstellungshallen unserer Stadt beteiligen.

Vor allem ist auch die große Gewerbeausstellung zu erwähnen, die mit einer Reihe von internationalen Kongressen verbunden ist.

Der Sport bringt den Fußballländerkampf Österreich-Schottland, ein Städtespiel Wien-Agram sowie Leichtathletikveranstaltungen, Radrennen, Pferderennen, Golf und Tennis. Eine besondere Attraktion wird die Wiener Eisrevue darstellen.

In den Bezirken werden die Künstler, die dort wohnen, durch verschiedene Veranstaltungen mit der Bevölkerung in einen engeren Kontakt kommen.

StR. Mandl teilte auch mit, daß mit der Drucklegung eines Prospektes begonnen werden kann.

Abschließend stellte der Redner fest, er glaube, daß die Wiener Festwochen für Wien eine interessante und wirklich bedeutungsvolle Veranstaltung sein werden. Wenn sie auch im ersten Jahr vielleicht nicht das Gewicht und die Bedeutung haben werden, so möge man bedenken, daß ein Anfang gemacht werden muß. StR. Mandl ersuchte um die Genehmigung des Antrages. (Lebhafter Beifall.)

GR. Dr. Matejka (L.Bl.) forderte eine Begründung für das Zustandekommen des Betrages von 600.000 Schilling. Es sei auch zu wenig darauf eingegangen worden, wie die Errechnung des Gesamtaufwandes von ungefähr 1 1/2 Millionen Schilling erfolgt ist. Was die Veranstaltungen anlangt, so seien es Institutionen, die ihr eigenes übliches Programm abwickeln. Er wüßte nicht, was die Stadt Wien aus den 600.000 S zuschießen sollte, zumal die Theater ohnehin laufend Subventionen von der Stadt Wien erhalten. Die Veranstaltung des Kindersingens im Arkadenhof werde seit Jahren durchgeführt und es sei nicht einzusehen, daß hierfür ein Zuschuß notwendig sei.

Es sei im Zusammenhang mit den Festwochen auf das Jugendverbot des Filmes "Panzerkreuzer Potemkin" hinzuweisen, während gegen die Flut der Schmutz- und Schundfilme nichts unternommen werde. Man könne nicht auf die Bundesgesetzgebung warten, sondern von der Gemeinde Wien müßten in dieser Frage Vorarbeiten gemacht werden.

In seinem Schlußwort ging StR. Mandl (SPÖ) zunächst auf die Frage des Jugendverbotes von "Panzerkreuzer Potemkin" ein und wies auf das Bestehen der Filmprüfungskommission der Stadt Wien hin, die zu prüfen hat, ob die Voraussetzungen für ein Jugendverbot gegeben sind. Mit 9 Stimmen für und nur 1 Stimme dagegen sprach sich die Kommission für ein Jugendverbot aus. Der Referent erinnerte daran, daß auch damals, als die Stummfilmfassung dieses Filmes in Wien lief, das Jugendverbot bestand. In der Frage des Verbotes der Schundfilme nennt es StR. Mandl fast demagogisch, von diesen Dingen zu sprechen, ohne zu bedenken, daß Wien als Land hier nur geringe Möglichkeiten hat. Bezüglich der Verteilung der 600.000 S könne jetzt noch nichts Konkretes gesagt werden. Ganz allgemein könne jedoch mit folgenden Beträgen gerechnet werden: für Propaganda 250.000 S, für die 8. Symphonie Gustav Mahlers 20.000 S, für die Treppenaufgänge in Schönbrunn 200.000 S, wobei letztere auch späterhin verwendet werden können. Vom Bund wurden feste Zusagen über dessen Subvention gemacht.

Der Antrag über die finanzielle Förderung der Durchführung der Wiener Festwochen für das Jahr 1951 wurde angenommen.

GR. Wiedermann (SPÖ) berichtete über eine Neuregelung der Tarife für Krankenkassenmitglieder in der Kurabteilung des städtischen Amalienbades, die sich als Auswirkung des 4. Lohn- und Preisabkommens ergeben hat und durchschnittlich 15 Prozent beträgt.

GR. Lauscher (L.Bl.) lehnte im Namen seiner Fraktion diese Erhöhung ab.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Über eine Preisregelung der Kunsteiserzeugung im städtischen Bad Mödling referierte gleichfalls GR. Wiedermann. Die Preiserhöhung wird etwa 20 Prozent betragen.

GR. Hausner (L.Bl.) lehnte diese Erhöhung ab.

In seinem Schlußwort wies Berichterstatter GR. Wiedermann darauf hin, daß die städtischen Betriebe auf kostendeckende Preise

bedacht sein müssen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

Bürgermeister Dr.h.c. Körner stellte auf Grund des stenographischen Protokolles fest, daß GR. Dr. Altmann anlässlich der Ausführungen des VbGm. Weinberger den Zwischenruf gebraucht habe: "Sie sind ein niederträchtiger, gemeiner Lügner!" Ich muß diesen Ausdruck, sagte der Bürgermeister, schärfstens mißbilligen und den Herrn Gemeinderat bitten, in solchen Fällen vielleicht zu sagen: "Sie irren sich!"

StR. Jonas (SPÖ) berichtete über eine Abänderung des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Praterstraße und Taborstraße. Diese Änderungen betreffen die Korrektur von Straßenbreiten, die Schaffung von kurzen Verbindungswegen für den Fußgängerverkehr von der Taborstraße zur Praterstraße, die Regulierung des für das künftige Stadtbild wichtigen Punktes am Beginn der Praterstraße und Unteren Donaustraße, wobei eine Überbauung der Ferdinandstraße vorgesehen ist.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Stadtbahnstation Westbahnhof

Sodann referierte StR. Jonas über den Umbau der Stadtbahnstation Westbahnhof. Die Planung des neuen Westbahnhofes habe dazu geführt, daß auch die Gemeinde Wien und ihre Baubehörde sich mit der neugeschaffenen Situation zu beschäftigen habe. Die Schaffung eines entsprechenden Vorplatzes vor diesem Bahnhof, der zweifellos einen monumentalen Charakter haben wird, und die Schaffung von breiten Zu- und Abfahrtsstraßen sowie von Aufstellungsplätzen für Kraftfahrzeuge machen es notwendig, daß das Stadtbahnstationsgebäude versenkt und der bisher offene Einschnitt der Stadtbahntrasse eingedeckt wird. Die Gesamtkosten des Umbaues betragen rund 5 Millionen. Auf Grund der bisherigen Vereinbarungen zwischen Bundesbahnen und Stadt Wien wird die Gemeinde Wien einen Kostenanteil von ungefähr 3,5 Millionen übernehmen.

Der Antrag des Berichterstatters wird einstimmig angenommen.

9. März 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 385

Zu vielen Geschäftsstücken erfolgte keine Wortmeldung. Sie wurden ohne Debatte angenommen. Darunter befanden sich u.a. auch die Errichtung von fünf neuen städtischen Wohnhausanlagen mit zusammen 655 Wohnungen und 11 Geschäftslokalen und der Bau einer neuen Volksschule für Knaben und Mädchen in Jedlese.

Bürgermeister Dr.h.c. Körner schloß die Sitzung um 15 Uhr.